



## Öffentlicher Teil

### **1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit**

Herr Risch eröffnet die Beratung. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Es sind 15 Mitglieder anwesend. Damit ist der Hauptausschuss beschlussfähig.

### **2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Herr Rauner beantragt die Absetzung des Tagesordnungspunktes 9 – Diskussion zur Ausgestaltung Amtsblatt und Vorwort. Die Fraktion hatte den Versand der Vertragsunterlagen beantragt, was untersagt wurde. Die vorgeschlagene Akteneinsicht konnte bisher nicht erfolgen.

Abstimmung Antrag zur Absetzung:

dafür: 15    dagegen: 0    Enthaltung: 0

Damit ist der Tagesordnungspunkt abgesetzt.

Herr Risch macht dazu deutlich, dass nicht die Akteneinsicht sondern nur der Versand der Vertragsunterlagen untersagt wurde. Gleichlautend wurde auch bisher bei ähnlichen Anfragen zu Vertragsunterlagen gehandelt.

Herr Risch begrüßt die Gäste und erteilt den nicht zum Ausschuss gehörenden Stadträten das Rederecht für die gesamte Sitzung.

Die Tagesordnung wird mit der Absetzung des TOP 9 festgestellt.

### **3. Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Anfragen geäußert.

### **4. Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung**

Die Niederschrift der Sitzung vom 02.03.2021 wird mit einer Enthaltung bestätigt.

### **5. Erneuerung Feuerwehrschutzbekleidung**

Herr Risch dankt in diesem Zusammenhang allen hauptberuflichen und ehrenamtlichen Feuerwehrleuten, die der Stadt jederzeit dienen. Im Rahmen der Möglichkeiten ist die Stadt Weißenfels jederzeit bemüht die Ausstattung zu verbessern. Als weitere Information teilt Herr Risch mit, dass dem Landrat ein Angebot zum Landesbetrieb Feuerwehrtechnisches Zentrum unterbreitet wurde.

Herr Busch als Vertreter der Feuerwehr hat im Vorfeld der Sitzung die Schutzkleidung vorgestellt. Die bisherige Kleidung entspricht den Normen, jedoch nur das Mindestmaß.

#### Beschlussempfehlung

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels, für die Atemschutzgeräteträger der Feuerwehr neue Feuerwehrüberhosen und Feuerwehrüberjacken mit einem höheren Schutz- und Tragekomfort zu beschaffen und diesen neuen Standard dauerhaft beizubehalten.

Abstimmung:            dafür: 15    dagegen: 0    Enthaltung: 0

## 6. Neufassung der Hauptsatzung - Überarbeitung der Synopse

Die Unterpunkte 6.1.-6.2. werden unter Tagesordnungspunkt 6 gleichzeitig abgehandelt.

Herr Mämecke erläutert, dass nach Eingaben in der Stadtratssitzung der § 30 der Hauptsatzung überarbeitet wurde.

Nach Einigung im Hauptausschuss wird die Hauptsatzung erneut in den Ortschaften beraten und anschließend im Stadtrat beschlossen.

Herr Ziegler ist mit der vorgeschlagenen Formulierung nicht einverstanden. Er fordert klare Regelungen, mit denen der Ortschaftsrat Ausgaben tätigen kann. Eine Abhängigkeit zur Haushaltslage ist nachvollziehbar. Beispielsweise könnte ein prozentualer Anteil der Grundstücksverkäufe bei den Ortschaften verbleiben.

Herr Risch fügt ein, dass absichtlich eine offene Formulierung gewählt wurde. Damit soll auf bestimmte Situationen reagiert werden können. Es muss verhindert werden, dass die Ortschaften aufgrund ihrer Gegebenheiten vor Ort unterschiedlich behandelt werden. Von hohen Einnahmen aus Grundstücksverkäufen ist Herr Risch nichts bekannt und es muss auch im Verhältnis zu anderen Maßnahmen wie Schul- und Kita-Sanierung gesehen werden.

Die Hauptsatzung soll für viele Jahre als Arbeitsinstrument gelten, führt Frau Schlegel ein. Zur Verdeutlichung hat sie allen Ausschussmitgliedern den Auszug zum § 84 KVG LSA verteilt. Zum einen sind die Sonderregelungen der Eingemeindung abgelaufen, werden nun jedoch wieder aufgeführt. Die Ortschaften müssen nun gleichgestellt werden. Dazu sollten die Unterpunkte des § 84 KVG LSA diskutiert und ggf. übernommen werden. Weiter sind Wertgrenzen eindeutig festzulegen. Die Hauptsatzung muss nochmals intensiver besprochen werden.

Frau Ramona Spiegelberg möchte wissen, was zu den massiven Streichungen geführt hat. Verweise zu anderen Gesetzlichkeiten sind meist nur schwer nachvollziehbar.

Dazu erklärt Herr Mämecke, dass es formal und juristisch üblich ist auf andere Gesetzlichkeiten zu verweisen.

Zu dem Vorschlag von Frau Schlegel meint Herr Mämecke, dass in der ersten Variante die Unterpunkte des § 84 bereits übernommen waren. Lediglich Ziffern 7 und 8 des § 84 KVG LSA wurden nicht aufgenommen.

Der Antrag von Herrn Wolter zur Verwendung eines prozentualen Anteils der Grundstücksverkäufe ist losgelöst davon zu betrachten.

Die Sonderregelung im Hinblick auf Eingemeindungen könnte gestrichen werden.

Herr Reichel unterstützt die Ortschaften insoweit, dass klare Regelungen gefunden werden müssen. Er schlägt vor, dass eine interne Beratung zwischen den Fraktionsvorsitzenden, Ortsbürgermeistern und der Verwaltung stattfindet.

Herr Ziegler macht deutlich, dass den Ortschaften nicht jegliche Befugnisse genommen werden dürfen. Vor Ort muss ein Teil selbst entschieden werden können, ansonsten weicht auch die Akzeptanz bei den Bürgern. Die Ortschaften sind in alle Entscheidungsprozesse der Verwaltung einzubeziehen.

In der Hauptsatzung werden Verfahren festgelegt, wie die Regelungen im KVG LSA umgesetzt werden sollen, meint Herr Patzschke. Es sind daher für die Ortschaften klare Verfahrenswege festzulegen. Beispielsweise per Antragstellung.

Herr Rauner folgt dem Vorschlag von Herrn Reichel zur weiteren Besprechung mit den Ortsbürgermeistern.

Herr Risch wird dies übernehmen und zu einem Besprechungstermin laden. Grundsätzlich sind die Ortschaftsräte auch ein Privileg. Bei den Stadtteilen in der Kernstadt gibt es kein vergleich-

bares Gremium.

Weiter bleibt anzumerken, dass es nicht zielführend ist, das gesamte KVG LSA in der Hauptsatzung zu spiegeln.

Herr Walther begründet ausführlich seinen Antrag und macht seinen Standpunkt dazu deutlich. Er sieht die Zuweisung von Budgets als einziges faires Mittel für die Ortschaften.

Er bekräftigt den Vorschlag, den Umweltausschuss zu erweitern um die Aufgaben Klimaschutz und Artenschutz und dies in der Hauptsatzung zu verankern.

Weiter schlägt er vor, die Wertgrenze für Ausgaben von Herrn Risch zu minimieren. Beispielsweise zeigt die Einreichung der Klage gegen den Willen des Stadtrates, dass eine geringere Wertgrenze zum Vorteil wäre.

Herr Risch erklärt, dass die Wertgrenze dazu dient, bei geplanten Maßnahmen die Ausschreibungs- bzw. Auftragsvergabe bis zu 125T € zu unterzeichnen. Es handelt sich hierbei nicht um ein Budget des Oberbürgermeisters.

## **7. Antrag Stadtrat Martin Papke Nutzung des Filmecks als Übergangswache der Polizei und Zweigstelle des städtischen Ordnungsamtes**

Herr Papke macht an diesem Beispiel deutlich, dass die Kommunikation zwischen Stadtrat und Verwaltung schwierig ist. Der Antrag wäre nicht gestellt worden, wenn es Kenntnis über den bisher nicht abgeschlossenen Grundstückserwerb gegeben hätte. Es ist dringend notwendig, dass sich die Kommunikation mit dem Stadtrat verbessert.

Grundsätzlich geht es im Antrag um die Zusicherung der Sicherheit und Ordnung im Rahmen der Baumaßnahme Saalebrücke für die Einwohner der Neustadt. Bereits jetzt sind die Einwohner mit diversen Problemfeldern belastet, sodass unbedingt Signale für das Vorgehen während der Baumaßnahme gesendet werden müssen.

In Gesprächen mit der Polizei wurde deutlich, dass keine Kenntnis über die Baumaßnahme Saalebrücke besteht. Die Verwaltung muss dringend mit der Polizei und allen übrigen Akteuren ins Gespräch kommen.

Herr Risch erinnert, dass bereits zur Beschlussfassung zum Grundsatzbeschluss und Erwerb des Grundstückes auf die komplizierte Sachlage zum Kauf hingewiesen wurde. Dem Stadtrat wurde kein Vollzug gemeldet, sodass weiter von dem Umstand hätte ausgegangen werden müssen.

Die Verwaltung ist bereits sehr früh mit der Polizei in Gespräche eingetreten. Die Aussage von Herrn Papke kann daher nicht nachvollzogen werden.

Generell befindet sich die Verwaltung mit AG Neustadt, AG Stadtteilarbeit in einem Prozess der stetig vorangetrieben werden muss. Die Intentionen des Antrages können hierbei mit aufgenommen werden. Eine umfassende Sozialanalyse ist bei einer ungefähr aller drei Jahre rollierenden Bevölkerung nur schwierig erfassbar.

Herr Wehler weist auf die zahlreichen leerstehenden Gebäude in der Neustadt hin, wodurch eine andere Lösung sicher gefunden werden kann.

Der Antrag kann prinzipiell unterstützt werden, meint Herr Kabisch-Böhme. Dennoch ist es im Hinblick auf die Zeitschiene im Objekt Tagewerbener Straße kaum leistbar. Die Situation der Polizei zum Personal und vorhandenen Fahrzeugen ist ebenso bekannt. Dennoch wird das Problem Sicherheit und Ordnung in der Neustadt anders als in übrigen Stadtteilen wahrgenommen. Es sollte eine ständige Lösung gefunden werden. Als Vorschlag könnte die Zusammenlegung zwischen Neustadtbüro und Brücke vorgezogen werden. Die Räumlichkeiten des Neustadtbüros können dann für eine Unterbringung von Ordnungsamt und Polizei genutzt werden.

Herr Richter macht in seiner Funktion als Stadtrat auf die Situation der Polizei aufmerksam. Die Leitstelle in Weißenfels bedient den gesamten Burgenlandkreis. Auch der Zuständigkeitsbereich für Weißenfels ist auf Lützen, Teuchern und Hohenmölsen ausgeweitet. Es ist notwendig einen 24h-Einsatz des Ordnungsamtes zu gewährleisten. Rechnerisch ist laut Herrn Richter nur eine weitere Person notwendig um mit dem vorhandenen Personal 24h-Schichten einzurichten.

Herr Risch macht auf das breite Aufgabenfeld des Ordnungsdienstes aufmerksam, welches sich nicht nur auf Streifengänge beschränkt.

Die Wünsche des Antragstellers sind nachvollziehbar. Das Angebot der Polizei war im Neustadtbüro nur gering nachgefragt. Dennoch war zu beobachten, dass die Präsenz des Polizeiautos bereits positive Änderungen mit sich brachte.

Herr Reichel kann den Kern des Antrages ebenfalls nachvollziehen. Der Antrag sollte im Zusammenhang mit der Konflikt- und Situationsanalyse des VfB Salzwedel gesehen werden und daher zu einem späteren Zeitpunkt erneut aufgerufen werden.

Herr Papke macht deutlich, dass die von ihm geforderte Sozialanalyse mit der Konflikt- und Situationsanalyse des VfB Salzwedel abgedeckt ist. Die Ordnung und Sicherheit für die Neustadt muss weiter besprochen werden. Mit späteren Aufruf seines Antrages ist er einverstanden.

Der Ausschuss einigt sich darauf, dass der Antrag in einem der nächsten Hauptausschusssitzungen erneut aufgerufen wird. Die Verwaltung legt zu diesem Zeitpunkt neue Erkenntnisse vor.

## **8. Antrag Fraktion AfD Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in Weißenfels**

Frau Ramona Spiegelberg ist mit dem Verweis in den Kulturausschuss einverstanden.

## **9. Beantwortung von Anfragen**

Folgende Antworten der Verwaltung liegen schriftlich vor:

- Teilnahme an Submissionsterminen

## **10. Mitteilungen und Anfragen**

Mitteilungen OB:

- Heute fand eine Scheckübergabe durch den Minister für Landesentwicklung und Verkehr Herrn Thomas Webel für den Bahnhof statt. In einem Erweiterungsantrag soll die ehemalige Gepäckstation am Bahnhof ebenfalls beräumt werden.
- Die Gemeinde Schnaudertal hat die Klage gegen die Kreisumlage des Burgenlandkreises 2018 für sich entschieden. Die weiteren Bestrebungen einzelner Stadträte zur Überprüfung von Regressansprüchen gegen ihn werden bearbeitet. Mit Hinblick auf das Urteil der Gemeinde Schnaudertal wird er dies nicht so stehen lassen.
- Zum Antrag von Herrn Papke zur Machbarkeitsstudie Gloria wird informiert, dass nicht für jeden Vorschlag eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden kann. Der Vertrag zum Erwerb einer Masterarbeit zum Gloria steht kurz vor dem Abschluss. Die Arbeit entspricht den Planstufen 0 und 1. Aussagen zur Statik können derzeit noch nicht getätigt werden, werden aber in einem nächsten Schritt geprüft

Herr Papke stellt nochmals klar, dass die von ihm beantragte Machbarkeitsstudie für das Gloria zum Ziel haben soll, die baulichen Strukturen und die Statik zu analysieren. Grundlage für die vielen schon vorliegenden Ideen ist doch die Klarheit darüber, was überhaupt unter den baulichen Gegebenheiten möglich ist.

Herr Papke teilt mit, dass in Höhe des Tunnels an der Rückseite der Gebäude Markwerbener Straße 6-10 sehr starker Rattenbefall durch große Mengen Müll besteht.

Herr Freiwald informiert über den aktuellen Stand zur Berufung eines Jugendbeirates. Derzeit wird über die möglichen Strukturen und die Einbindung in die Gremien mit den jungen Leuten gesprochen.

Herr Freiwald erbittet das Erarbeiten einer Satzung als Grundlage für die Ehrung verdienter Bürger für herausragende Leistungen im Kampf um die Bekämpfung der Pandemie.

Zur vorliegenden Anfrage von Herrn Riemer zur temporären Einschränkung der Anzahl der Wortmeldungen während der Pandemiezeit teilt Herr Mämecke mit, dass gemäß § 8 der Geschäftsordnung vom Vorsitzenden Abweichungen getroffen werden können auf bis zu 5 Minuten Redezeit, beschränkt auf 3x. Eine schriftliche Zusammenfassung folgt nach.

Frau Spiegelberg in Bezug auf den Jugendbeirat aus dessen Redebeiträgen im Sozialausschuss den Eindruck gewonnen, dass die Jugendlichen nicht in feste bürokratische Strukturen eingebunden werden wollen, die sie zeitlich nicht einhalten können. Sie möchten sich Gehör in den Gremien verschaffen und Rederecht.

Herr Risch spricht sich dafür aus, den Prozess der Jugendlichen zu begleiten, sich zu strukturieren. Unter Einbeziehung der Mitarbeiter/-innen der Einrichtung „Die Brücke“, wo sich die Jugendlichen derzeit treffen, sollen sie an die politische Arbeit herangeführt werden.

Herr Reichel stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Mitteilungen und Anfragen nicht übermäßig zeitlich auszubauen.

Frau Spiegelberg bezieht sich auf die angesprochene Ehrung für besondere Leistungen in der Pandemiezeit. Es gibt viele Berufsbilder wie Pflege, Post, Transportwesen, ohne die es große Probleme gegeben hätte. Sie haben keine Möglichkeit, sich ganz besonders hervorzuheben.

Herr Risch möchte für besondere Leistungen danken. Es bedarf einer Diskussion darüber, wer stellvertretend für einen Berufszweig oder ein Team geehrt werden soll.

Herr Walther sieht die Schwierigkeit darin, eine gerechte Auswahl zu treffen. Und es sind auch die Arbeitgeber angehalten, gute Leistungen zu honorieren. Beispielsweise sind in pflegenden Berufen noch nicht alle versprochenen Prämien ausgezahlt.

Ende der öffentlichen Sitzung.

## **Öffentlicher Teil**

### **Öffentlicher Teil**

#### **12. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Die Öffentlichkeit wird wieder hergestellt. Es waren keine Bürger mehr anwesend.

#### **13. Schließung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister schließt die Sitzung.

Robby Risch  
Vorsitzender

Heike Bechmann  
Protokollführerin